



## Detailansicht des Regelungsvorhabens

### Spielräume für Bürokratieabbau im europäischen Bilanzrecht ausschöpfen

Aktuell seit 23.01.2026 13:44:12

#### Angegeben von:

Stiftung Familienunternehmen und Politik (R000083) am 23.01.2026

#### Beschreibung:

Die europarechtlichen Vorgaben zur Finanzberichterstattung bergen erhebliche Spielräume zur Entbindung der Wirtschaft von administrativen Lasten. Dies betrifft Regelungen der EU-Bilanzrichtlinie 2013/34/EU zum Inhalt des Lageberichts, zur Bilanzstruktur oder auch zu diversen Anhanganhaben. Auch andere Bereiche des europäischen Sekundärrechts, wie die EU-Übernahmerichtlinie 2004/25/EG oder die Mindestbesteuerungsrichtlinie (EU) 2022/2523 sind in den Blick zu nehmen, wenn unnötige bürokratische Belastungen im europäischen Recht der finanziellen Rechnungslegung für kurz- und mittelfristige Entlastungsmaßnahmen identifiziert werden sollen.

### Betroffene Interessenbereiche (3)

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

### Betroffene Bundesgesetze (1)

HGB [alle RV hierzu]

## Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

---

### 1. SG2601230016 (PDF - 3 Seiten)

#### Adressatenkreis:

Versendet am 21.01.2026 an:

#### **Bundesregierung**

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG  
dorthin]